

Vortrag auf der Tagung: *“Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus”* im Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung am 31.05.2016

Hinweis: Dieser Artikel erscheint im Oktober 2016 in: Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn (Hg.): Rechte Wut- und Hassbürger im Kulturkampf. Rechtsruck in Deutschland, Edition DISS, Band:38, Münster: Unrast-Verlag

Andreas Kemper

Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD¹

Einleitung

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) hat sich im Frühjahr 2013 konstituiert. Voraus ging im Herbst 2012 der Verein *Wahlalternative 2013* (WA2013), der von neoliberalen und konservativen CDU-Mitgliedern (Gerd Robanus, Konrad Adam, Bernd Lucke und Alexander Gauland) gegründet wurde, um mit den Freien Wählern in den Bundestag einzuziehen zu können. Dieser Versuch scheiterte, doch konnte mit den kurzfristig etablierten Strukturen der WA2013 und mit Überläufer*innen der Freien Wähler die neue Partei AfD aufgebaut werden. Relevant war vor allem in der Gründungsphase die Internetplattform Facebook, die sowohl zur Selbstfindung als auch zur Außendarstellung der AfD diente. Bereits in der Gründungsphase, noch vor dem Gründungsparteitag im April 2013, forderte die AfD mittels ihrer Facebookseite „STOP GENDERWAHN!“. Diese Position ist ein gemeinsames Merkmal seit Bestehen der AfD und durchzieht sämtliche Flügel, wenn auch in unterschiedlicher Radikalität und Intensität.

Innerhalb der AfD finden sich an verschiedenen Stellen, wie zum Beispiel beim sogenannten *Gender-Papier* der AfD Baden-Württemberg, Forderungen nach Einschränkung bzw. Abschaffung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, so die Abschaffung der Antidiskriminierungsgesetze, der Gleichstellungs-, Diversity - und Antidiskriminierungsstellen, der sogenannten „Gender-Studies“ an Hochschulen und der Antidiskriminierungsbildung in Schulen (z.B. „Bildungsplan

¹ Dieser Artikel erschien zuerst im Oktober 2016 in: Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn (Hg.): Rechte Wut- und Hassbürger im Kulturkampf. Rechtsruck in Deutschland, Edition DISS, Band:38, Münster: Unrast-Verlag

2015“ in Baden-Württemberg).

Gleichzeitig soll etwas gestärkt werden, was von der AfD als „traditionelle Familie“ bezeichnet wird. Liest man die AfD-Wahlprogramme, scheint diese Forderung nach Stärkung auf Kosten von Menschen zu gehen, die diesem Bild der sogenannten „traditionellen Familie“ nicht entsprechen. Benachteiligt würden bei Umsetzung dieser Wahlprogramme Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, ausländische Familien, finanziell schwache Familien sowie Menschen ohne staatlich anerkannte Kinder.

Im Folgenden werden die geschlechter- und familienpolitischen Positionen der AfD dargestellt, die vor dem Hintergrund von drei ideologisch bestimmten Strömungen in der AfD zu sehen sind: der neoliberalen bzw. national-libertären Strömung, der christlich-fundamentalistischen bzw. antisäkularen Strömung und der völkisch-nationalen bzw. faschistischen Strömung.

Die geschlechter- und familienpolitischen Forderungen der AfD werden anhand des Programmes diskutiert, das im April 2016 während des Parteiprogrammtages beschlossen wurde. Dieses Programm gibt allerdings nur bedingt die Forderungen der AfD wieder. Zum einen betrachtet die völkisch-nationale Strömung in der AfD die Partei eher als Mittel zum Zweck für den Aufbau einer nationalen ‚Widerstandsbewegung‘. Das Parteiprogramm ist für diese Strömung sehr wahrscheinlich weniger wichtig als die Verlautbarungen im Rahmen von AfD-Kundgebungen; Björn Höcke als zentraler Repräsentant dieser Strömung kam beispielsweise drei Stunden zu spät zum Parteiprogrammtag der AfD. Zum zweiten sind regionale Unterschiede relevant; so wurde mit einem Alternativprogramm vergeblich versucht, die sehr weitgehenden geschlechterpolitischen Forderungen des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg, die dort ohne Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet wurden, ins Bundesprogramm aufzunehmen.² Schließlich kommt noch hinzu, dass Programme nicht die wirklichen Einstellungen und Forderungen von Parteien widerspiegeln; vielmehr bilden sie einen Kompromiss zwischen den tatsächlichen Einstellungen und Forderungen einerseits und einer Rücksichtnahme auf potentielle Wähler*innen, die nicht vergrault werden sollen, andererseits. So beruhigte die stellvertretende AfD-Vorsitzende Beatrix von Storch ‚ihre‘ Strömung (Christen in der AfD/ Pforzheimer Kreis) damit, dass die

² Verfasst wurde dieses Papier von Marc Jongen (ehemaliger Assistent von Peter Sloterdijk) und Rainer Rösl vom Pforzheimer Kreis/ Christen in der AfD. Rösl vertritt Positionen der Reichbürgerbewegung.

gewünschten Inhalte im Programm enthalten seien, obwohl dieses weit weniger radikal ausschaue.

Geschlechter- und Familienprogramm der AfD

Familie als „Keimzelle der Nation“

Der familien- und geschlechterbezogenen Programmatik der AfD liegt die vormoderne Vorstellung zugrunde, dass die „gesellschaftliche Grundeinheit“ die Familie sei (AfD 2016: 41). Diese „Grundeinheit“ werde durch eine „generelle Betonung der Individualität“ „untergraben“ (ebd.). Das heißt, nicht Individuen sind nach Auffassung der AfD die „Grundeinheit“ der Gesellschaft, sondern die von ihr so genannte „traditionelle Familie“ (ebd.). Diese „klassische Familie“ sei die „Keimzelle“ der „bürgerlichen Gesellschaft“ und garantiere „den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt“ (ebd.: 40). Und „nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte“ (ebd.: 17)³, so die AfD in ihrem Grundsatzprogramm, „vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten“ (ebd.). Mit dem biologistischen Begriff der „Keimzelle“ wird eine organische Verbindung von „traditioneller Familie“ und „souveränem Nationalstaat“ suggeriert. Unterstrichen wird diese ‚organische‘ Verbindung durch die Forderung, „den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips“ in Deutschland (ebd.: 26) wieder einzuführen: „Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist. Das Territorialprinzip wollen wir aus diesen Gründen wieder aus dem Gesetz streichen.“ (ebd.: 65)

Die Verbindung von Nation und Familie sollte zudem auf einer deutlichen geschlechterpolitischen Arbeitsteilung beruhen, denn eine „zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen“ untergrabe diese Erziehungsaufgabe der Familie, die auf Eltern-Kind-Bindungen beruhen: „Die sichere Bindung an eine verlässliche Bezugsperson ist aber die Voraussetzung für eine gesunde psychische Entwicklung kleiner Kinder und bildet die Grundlage für spätere Bindungs- und

³ Die AfD sieht sich in der Tradition von „1848 und 1989“ und ignoriert anscheinend, dass 1918 und 1945 die Demokratie in Deutschland eingeführt wurde, nachdem zwei Weltkriege verloren wurden. Die Entstehung der Demokratie in Deutschland ist also keinesfalls ein Prozess, der seine Ursachen nur innerhalb der Nation hatte. Vielmehr wurde der nichtdemokratische Zustand von außen beendet.

Beziehungsfähigkeit. Die AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht.“ (ebd.: 43)

Qualitative Bevölkerungspolitik

Michel Foucault bezeichnet die Kopplung von Geschlechterpolitik mit Bevölkerungspolitik als „Biopolitik“.⁴ In diesem Sinne nämlich strebt die AfD, als Bestandteil des Konzeptes der Familie als „Keimzelle“ einer „über Generationen gewachsenen“ (ebd.) Gesellschaft, eine qualitative Bevölkerungspolitik an. Die AfD tritt nicht generell für eine größere Bevölkerungszahl in Deutschland ein. Sie schreibt sehr deutlich, dass eine „graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl“ in Deutschland „kein Tabu“ sein dürfe (ebd.: 43). Denn es handele sich um eines der „am dichtesten besiedelten Länder der Welt“ (ebd.), und „neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung“ böten „Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeitskräften die Wirtschaftskraft Deutschlands ohne gravierende Wohlstandsverluste zu erhalten“ (ebd.).

Wenn die AfD sich für „mehr Kinder“ einsetzt, dann sind damit Kinder aus der „einheimischen Bevölkerung“ (ebd.: 41) – „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ (ebd.) – und mehr Kinder aus „bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten“ (ebd.: 42) bzw. von „Akademikerinnen“ (ebd.:41) gemeint. Nicht gewollt sind hingegen nicht-deutsche Kinder, daher fordert die AfD die vollständige Rückkehr zum „Abstammungsprinzip“, wie es bis 2000 galt. Zudem wird kritisch, aber faktenfrei⁵ behauptet, dass sich „kinderreiche Familien“ vor allem in „sozial schwächeren Schichten“ (ebd.: 41) befänden, während diese Familien im Akademikermilieu zurückgingen. Gefordert wird die Möglichkeit, zinslose Kredite für ein Haus zu bekommen, welche mit jedem neugeborenen Kind abbezahlt werden können. Außerdem sollten Bafög-Darlehen nicht zurückbezahlt werden müssen, wenn im Studium oder kurz danach ein Kind geboren wird.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die AfD die oben erwähnte Forderung

4,„Die Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit mit all ihren Variationsbedingungen wurden zum Gegenstand eingreifender Maßnahmen und regulierender Kontrollen: Biopolitik der Bevölkerung.“ (Foucault 1976, 166)

5 Eine Untersuchung von Hufnagel-Person bestreitet die weitverbreitete Behauptung, Akademikerinnen hätten Familien mit wenigen Kindern. Vielmehr würden Akademikerinnen überproportional viele Kinder bekommen (vgl. Kemper 2010).

einschränkt, dass der Staat nicht Erziehungsaufgaben der Familie übernehmen dürfe. In der Bildungspolitik wird gefordert, dass Lehrer*innen wieder mehr autoritäre Handlungsspielräume haben sollten⁶ und das Strafmündigkeitsalter solle auf zwölf Jahre gesenkt werden (ebd.: 25).

Die AfD macht sich hier eine qualitativ-bevölkerungspolitische Position zu eigen, die bereits Thilo Sarrazin in *Deutschland schafft sich ab* in einer Millionenaufgabe verbreitet hat.

Obschon sich die AfD für eine qualitative und nicht für eine quantitative Familienpolitik ausspricht, positioniert sie sich sehr deutlich als Teil der *Anti-Choice-Bewegung* (ebd.: 44) und gegen die aktuelle Abtreibungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Dies scheint den Interessen der christlich-fundamentalistischen Strömung geschuldet zu sein, die sich jedoch auf dem AfD-Parteiprogrammtag mit ihren sehr viel radikaleren Forderungen, vorgetragen von der *Jungen Alternative*, nicht durchsetzen konnte. Dass auch diese Positionen im Rahmen einer qualitativen Bevölkerungspolitik einzuordnen sind, zeigt sich an der Zwischenüberschrift „Willkommenskultur für das un- und neugeborene Leben“, denn der Begriff „Willkommenskultur“ steht eigentlich in einem asyl- und einwanderungspolitischen Zusammenhang.

„Aktivierende Familienpolitik“

Mit dem Terminus „Aktivierende Familienpolitik“ (ebd.: 41) übernimmt die AfD das Schlagwort „aktivierend“ aus der Arbeits- und Sozialpolitik. Unter „aktivierend“ ist dort ein Programm des ‚Forderns und Fördens‘ (‚Workfare‘) gemeint.

Entsprechend sieht das Familienprogramm der AfD aus: Das Kinderkriegen innerhalb einer staatlich normierten Familie soll für deutsche „bildungsnahe“ Personen gefördert werden, Kinderlosigkeit soll hingegen mittels des „Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrechts“ (ebd.: 44) bestraft werden. Diese Bestrafung trifft allerdings auch Mitglieder gesellschaftlicher Gruppen, die nach Auffassung der AfD nicht zur Übernahme einer „Elternrolle“ ermutigt werden sollen: ausländische, „sozial schwache“ (ebd.) und nicht-heterosexuelle Menschen sowie Singles.

Auch sollte die Ehe wieder geschützt werden und Menschen ermuntert werden,

⁶ „Das entsprechende Verhalten der Schüler kann nur durchgesetzt werden, wenn den Lehrern die dazu geeigneten Maßnahmen zur Verfügung stehen und deren Durchsetzung nicht ständig hinterfragt wird.“ (AfD 2016: 54)

Ehen einzugehen (ebd.: 41): „Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelternfamilien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren“ (ebd.: 44), heißt es im Programm, und: „Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern durch finanzielle und andere Hilfen in Krisensituationen stärken“ (ebd.).

Im Rahmen einer aktivierenden Familienpolitik wird, wie bereits oben erwähnt, eine „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“ (ebd.) gefordert. Sie wendet sich gegen alle vermeintlichen Versuche „Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern“ (ebd.). Außerdem wendet sie sich dagegen, Abtreibungen „zu einem Menschenrecht zu erklären“ (ebd.). Der „Lebensschutz“ beginne bereits beim Embryo, Schwangerschaftskonfliktberatung solle vorrangig das Ziel haben, das ungeborene Leben zu schützen. Adoptionsverfahren seien zu vereinfachen. (ebd.)

„Traditionelle Geschlechterrollen“

Die AfD will die Diskussion über eine vermeintlich „propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen“ (ebd.: 41) „anstoßen“. Verantwortlich für die „Stigmatisierung“ sei das „'Gender-Mainstreaming'-Projekt“ (ebd.). Dieser angeblich „falsch verstandene Feminismus“ (ebd.) schätze Frauen nicht, „die ‚nur‘ Mutter und Hausfrau“ (ebd.) seien.

Hier fällt auf, dass die AfD einseitig die ‚Mutterrolle‘ benennt, von Männern, die ‚nur‘ Vater und ‚Hausmann‘ sein wollen, ist nicht die Rede. Es scheint im AfD-Programm also nicht um eine freie Wahl von Erziehungsaufgaben zu gehen, sondern einseitig um eine Stärkung „traditioneller Geschlechterrollen“, in denen Müttern die Erziehungsaufgaben zugeschrieben werden.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn die AfD sich gegen Gleichstellungspolitik wendet und im Programm formuliert: „Geschlechterquoten sind leistungsfeindlich und ungerecht“ (ebd.: 56). Vorhandene Lohnunterschiede („Gender-Paygap“) ergäben sich dann aus geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Befähigungen, die sich in den „traditionellen Geschlechterrollen“ zeigen.

Ideologisierung von Bildung und Forschung

Das AfD-Programm suggeriert, dass Homo- und Transsexuelle Kinder zum „Spielball“ ihrer „sexuellen Neigungen“ machen wollten (ebd.: 54), wobei diese

Gruppe lediglich eine „laute[] Minderheit“ (ebd.) sei. Zudem suggeriert die AfD, dass es im schulischen Unterricht häufig eine „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“ (ebd.) sowie eine „ideologische Beeinflussung durch das ‚Gender-Mainstreaming‘“ (ebd.) gäbe. Dagegen will die AfD ideologisch das „Leitbild“ der „traditionellen Familie“ aufrechterhalten bzw. wiederherstellen.

Was die AfD unter „Gender-Mainstreaming“ bzw. „Gender-Ideologie“ versteht, wird nicht weiter ausgeführt. Angeblich sei mit der „Gender-Ideologie“ eine „Frühsexualisierung“ verbunden, gegen die die AfD sich wendet.

Ebenfalls ist nicht definiert, was die AfD unter „Gender-Studies“ versteht (ebd.: 55). Die AfD fordert die Beendigung „staatliche[r] Ausgaben für pseudowissenschaftliche ‚Gender-Studies‘“ (ebd.). Zusätzlich fordert sie: „Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.“ (ebd.: 52)

In diesen Zusammenhang wird im AfD-Programm verlangt, die „Verunstaltung der deutschen Sprache“ (ebd.: 55) müsse gestoppt werden.

Zwischenfazit

Die AfD vertritt in dem Parteiprogramm nicht die Maximalforderungen, die sich in einigen Landesverbänden und Gruppen in der AfD finden. Die Ablehnung dieser radikaleren Forderungen wurde oftmals mit dem Hinweis begründet, die AfD wolle Wahlen gewinnen und dürfe sich nicht lächerlich machen. Beatrix von Storch beschwichtigte, wie bereits erwähnt, den christlich-fundamentalistischen Flügel mit dem Hinweis, dass die gewünschten Inhalte doch im Programm stünden, allerdings mit einer weniger direkten Wortwahl.

An einigen Stellen finden sich statt direkter Forderungen Überzeichnungen der Positionen des politischen Gegners, gegen die die AfD sich als Partei *des* Volkes etablieren möchte. Ob hier ein Kampf gegen Windmühlen angekündigt wird, ist eher unwahrscheinlich. Vielmehr scheint die AfD geschlechterkonservative Positionen umsetzen zu wollen, die unpopulär sind, und baut daher einen Popanz auf, gegen den man sich in Stellung bringen kann, ohne die eigenen Positionen klar benennen zu müssen.

Es ist daher relevant, die geschlechter- und familienpolitischen Positionen der führenden Ideolog*innen der AfD genauer zu untersuchen. Ich gehe, wie

eingangs erwähnt, von drei Strömungen aus, die durch die Forderungen nach mehr Ungleichheit ideologisch und über gemeinsame Gegner*innen miteinander verbunden sind. Diese Strömungen lassen sich mit Neoliberalismus, christlichem Fundamentalismus und völkischem Nationalismus beschreiben.

Zu den Strömungen der AfD

Neoliberale Strömung

Die AfD entstand als eine neoliberal ausgerichtete Partei, die vor allem die Interessen des nicht-monopolistischen Kapitals während der sogenannten „Griechenlandkrise“ wahrnahm. Sie war geprägt durch Volkswirte wie Bernd Lucke, Joachim Starbatty, Jörn Kruse, Alexander Dilger, Roland Vaubel und Hans-Olaf Henkel. Obschon die meisten dieser Volkswirte im Sommer 2015 die AfD verließen, verblieb eine neoliberale Strömung in der AfD. Beim Streit während des Essener Parteitages der AfD haben vor allem die transatlantisch orientierten Neoliberalen die AfD verlassen. Parallel fand eine ähnlich gelagerte Spaltung der neoliberalen Hayek-Gesellschaft in Deutschland statt. In Personalunion verließ Hans-Olaf Henkel die AfD und die Hayek-Gesellschaft, während Beatrix von Storch sowohl in der AfD als auch in der Hayek-Gesellschaft verblieb.

Zur Wahrnehmung der Interessen der Verbände der Familienunternehmen zählte in der Gründungsphase der AfD nicht nur eine Kritik am Europäischen Stabilitätsmechanismus, sondern es wurden auch konservative Interessen vertreten bezüglich Gender Mainstreaming, denn auch hier tritt das nicht-monopolistische Kapital konservativer auf als das Monopolkapital, welches Diversity-Strategien durchaus zu verwerfen weiß.

So fand sich bereits vor der Bundestagswahl im September 2013 auf der zentralen Facebook-Seite der AfD die Forderung, dass der sogenannte „Gender-Wahn“ zu stoppen sei. Nach dem Ausscheiden der „Lucke-Fraktion“ und der darauf folgenden Gründung der Partei *Allianz für Aufbruch und Fortschritt* (Alfa) zeigte sich die geschlechterkonservative Positionierung dieser transatlantisch-neoliberalen Strömung in der Ablehnung von Gender Mainstreaming.

Die verbleibende neoliberale – oder besser: nationallibertäre – Strömung in der AfD strebt einen „Minimalstaat“ (Punkt 5 des 20-Punkte-Programms der 'Libertären Alternative') an. Es wird gegen den sogenannten „Nanny State“ (ebd. Punkt 14) polemisiert, also gegen einen Staat, der vermeintlich zu viel ‚bemuttert‘ und den Staatsbürger*innen so die Eigenverantwortung nehme. Der „Minimalstaat“, dem im Wesentlichen nur noch der Schutz des Eigentums zukommt, ist männlich konnotiert („Nachtwächterstaat“). Gleichstellungs- (Affirmative Action) oder Diversitypolitik wird in dieser Ideologie abgelehnt.

Einzig die Familie müsse geschützt werden. Hier gelte das sogenannte „Subsidiaritätsprinzip“. Der Staat soll sich aus sozialen Belangen heraushalten⁷ und diese den Individuen oder den Familien überlassen.

Christlich-fundamentalistische Strömung

Innerhalb der AfD gibt es zwei Arbeitskreise bzw. Netzwerke, die insbesondere geschlechterkonservative Positionen vertreten. Es handelt sich hierbei um den Arbeitskreis *Christen in der AfD* bzw. *Pforzheimer Kreis* und um das Netzwerk *Zivile Koalition e.V.* der Familie von Beatrix von Storch.

1. Pforzheimer Kreis

Als dezidiert christlich-fundamentalistische Gruppe gilt der *Pforzheimer Kreis* bzw. der Arbeitskreis *Christen in der AfD*.

Gegründet wurde *Christen in der AfD* im August 2013 in Baden-Baden. Martina Kempf sitzt im Bundesvorstand der *Aktion Lebensrecht für alle*, Volker Kempf hat eine wohlwollende Biografie über die „führende Homophobe“ (Klein 2013) Christa Meves verfasst. Mit den Gründer*innen dieses Arbeitskreises, Martina und Volker Kempf, steht Beatrix von Storch in engem Kontakt.

Ansprechpartner von *Christen in der AfD* ist Jan Czada. Er rief während der Gründung der AfD im Januar 2013 rechtspopulistische Parteien dazu auf, zugunsten der AfD auf eine Kandidatur zu verzichten. Nach einem Treffen in Pforzheim dieses Arbeitskreises wird diese Gruppe auch *Pforzheimer Kreis* genannt.

In jüngster Zeit fiel er mit Aktionen gegen einen Arzt in Stuttgart auf, der Abtreibungen durchführt. An einer Demonstration in Stuttgart beteiligten sich neben dem *Pforzheimer Kreis* der „Lebensschützer“ Klaus Günter Annen („Babycaust“), die *Christdemokraten für das Leben* und Stadträte der AfD Stuttgart.

Während der ersten Landeskonferenz der AfD nach dem Essener Parteitag wurde ein „Antrag zum Gender Mainstreaming“ eingebracht, der ohne Enthaltungen einstimmig übernommen wurde. In diesem Antrag finden sich drei Kernpunkte:

⁷ Sogar die staatliche Ehe wird abgelehnt, weil diese die Kirchen schwäche (ebd.: Punkt 4)

Erstens sei Gender Mainstreaming „als durchgängiges politisches Leitprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns [...] auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden“. Zweitens werde die „ersatzlose Rücknahme aller Gesetze und Vorschriften im Sinne der Gender-Ideologie“ gefordert, mindestens aber des Bundesgleichstellungsgesetzes (BgleiG), des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und des §4 des Landeshochschulgesetzes Baden-Württemberg (Chancengleichheit von Frauen und Männern; Gleichstellungsbeauftragte)“. Als dritter Punkt wurde der „Entzug sämtlicher Steuer- und Fördermittel für gender-ideologische Maßnahmen“ gefordert, zum Beispiel „die Streichung aller Stellen für sog. ‚Gleichstellungsbeauftragte‘“, „die Schließung aller sog. ‚Diversity Offices‘ in allen öffentlich- und privat-rechtlichen Institutionen“ und schließlich einen sofortigen „Förderstopp für die sogenannten ‚Gender Studies‘ an Hochschulen und Universitäten“, was explizit auch die Auflösung von „‚Gender‘-Lehrstühlen“ beinhaltet.

Begründet wurde der Antrag mit drei Argumenten. Neben dem Argument, Gender Mainstreaming „vergifte“ als „Kampf der Geschlechter“ das gesellschaftliche Klima, wird ein dezidiert maskulistisches und ein bevölkerungsbiologisches Argument genannt: Gender Mainstreaming führe regelmäßig zur Diskriminierung von Männern, und die „gegen die Natur“ gerichtete „Gender-Ideologie“ verhindere die „wichtigste bevölkerungspolitische Herausforderung“ Deutschlands, nämlich die „signifikante Steigerung“ der Geburtenrate.

Eingebracht wurde der Antrag von Rainer Rösl und Marc Jongen, dem langjährigen Assistenten des umstrittenen Philosophen Peter Sloterdijk. Rösl ist Mitglied des Pforzheimer Kreises. Auf dessen Website findet sich ein offener Brief von Rösl an einen Bischof. Hier kritisiert er, dass die „political correctness“ mittlerweile in der Kirche um sich greife („clerical correctness“), statt dessen sollten Christen bei Pegida mitmachen. Rösl hofft auf eine neue friedliche Revolution in Deutschland wie 1989 (vgl. Rösl 2014). Zudem erkennt Rösl anscheinend nur die Grenzen von Deutschland aus den Jahren 1890 bzw. 1914 an (Reichbürger-Ideologie).

In einer Verteidigung des familistischen Beschlusses greifen der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen und der Mitautor des Papieres Marc Jongen interessanterweise auf eine maskulistische Argumentationsstrategie zurück, wonach heutzutage Männer durch den Feminismus unterdrückt würden. (vgl.

Meuthen/ Jongen 2015) Dies zeigt, dass familistische und maskulistische Argumentationen durchaus ineinandergreifen können.

2. Der Verein

Zivile Koalition e.V. wurde gegründet, nachdem Beatrix von Storch mit einer Gruppe von Studierenden erfolglos versucht hatte, in Ostdeutschland ab 1945 verstaatlichten Großgrundbesitz des Adels („Junkerland in Bauerhand“) für die potentiellen Erb*innen zurückzufordern.

Die Zivile Koalition arbeitete von Anfang an mit einem rechtspopulistischen Adressenhändler zusammen, um eine Bewegung aufzubauen, mit der der angeblich nicht vorhandene Rechtsstaat wieder aufgebaut werden solle. Hierfür wurde nach und nach ein umfangreiches Netzwerk von Internetpräsenzen etabliert. Angestrebt wurde auch die Gründung einer neuen Partei. Inzwischen hat die Zivile Koalition nach Angaben von Beatrix von Storch über ihre Netzwerke zwei Millionen E-Mails an Abgeordnete verschicken lassen.

Ein Themenschwerpunkt der Zivilen Koalition ist Geschlechter- und Familienpolitik. Dies ist nicht weiter verwunderlich, spielt doch im Adel die Familienherkunft eine überragende Rolle. So ist wenig verwunderlich die Zivile Koalition ein Verein, dessen Vorstand fast vollständig von der Familie von Beatrix von Storch gestellt wird. Beatrix von Storch verbindet dabei gemeinsame Interessen mit einigen ihrer politisch aktiven Verwandten.

So kommuniziert Storch öffentlich und einvernehmlich auf Facebook mit ihrem Cousin Paul von Oldenburg, der die ultrakatholischen Positionen der *Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum* (TFP) in Brüssel repräsentiert. Die TFP strebt die katholische Hierarchie des Mittelalters wieder an, fordert einen „Vorrang für den Adel“ und bekämpft Gleichheitsbestrebungen („Wer Ungleichheit hasst, hasst Gott“). Vor allem auch in Familien- und Geschlechterfragen werden reaktionäre Positionen vertreten. Matthias von Gersdorff, ein Vertreter der TFP in Deutschland, engagiert sich bei der *Demo für alle* in Stuttgart und hat vor wenigen Jahren noch das Jugendmagazin *Bravo* bekämpft. Er schreibt regelmäßig für die *Freie Welt* – einem Internetforum von Beatrix und Sven von Storch.

Mit ihrem Cousin Phillip Kiril von Preußen gestaltete Beatrix von Storch 2014 zusammen ein Vorprogramm zur Demonstration *Marsch für das Leben* der Anti-Choice-Bewegung (sogenannte „Lebensschützer“). Und schließlich besteht noch

eine Zusammenarbeit mit Georg Habsburg, der eine Cousine von Beatrix von Storch geheiratet hat. Habsburg lobte in einem Interview mit der *Freien Welt* Victor Orban als „wahren Demokraten“. Einige Habsburger*innen gehören zum ultrakatholischen Umfeld. Der Vater von Georg Habsburg war Kuratoriumsmitglied im ultrakatholischen *Forum Deutscher Katholiken*, Christiane von Habsburg und Paul von Habsburg gehören zu *Regnum Christi/ Legionäre Christi*.

Beatrix von Storch gab während eines Vortrags an, die *Demo für alle* in Stuttgart zu organisieren. Von der *Jungen Alternative Hamburg* wurde aus einem Video diese Angabe nachträglich herausgeschnitten und die Website *Demo für alle* von den Storchs an Hedwig von Beverfoerde übergeben. Beverfoerde behauptet nun, die *Demo für alle* habe nichts mit der AfD zu tun.

Auf europäischer Ebene besteht eine Kooperation mit dem spanischen Kampagnennetzwerk *CitizenGO*, vor allem hinsichtlich europäischer geschlechterkonservativer Referenden wie *One of us* oder *Mum, Dad & Kids*.

Völkisch-nationale Strömung

Die Strömung um Björn Höcke (*Erfurter Resolution, Der Flügel, Kyffhäuser-Treffen, Patriotische Plattform* usw.) vertritt eine völkische, maskulinistische, bevölkerungspolitische Familienpolitik. Dies wird im Folgenden anhand von Zitaten deutlich, die Björn Höcke in kaum veränderter Rhetorik ständig wiederholt.

1. Völkische Biopolitik:

Höcke hält die Rede der sogenannten „Altparteien“ vom „demographischen Wandel“ für „beschwichtigendes“ und „dümmlisches Geschwätz“. Thüringen beispielsweise befände sich „mitten in einer demographischen Katastrophe.“ (Höcke 2014d und Höcke 2014b) Es müsse alles getan werden, „diesen Niedergang aufzuhlten“, daher müsse eine „aktive Bevölkerungspolitik“ betrieben werden. (Höcke 2014d) Eine „Dreikinder-Familie“ sei „eine biologische und logische Notwendigkeit“ (Höcke 2014c). „Gegen Naturgesetze kann man nicht argumentieren, wenn sich die Natur nicht rächen soll“, behauptet Höcke. „Im Sinne dieses Naturgesetzes habe ich die 3-Kind-Ehe als Leitbild eingebracht.“ (Höcke 2014f.: ab 44:26) Diese 3-Kind-Familie müsste von einer „politischen Elite“ gegen den „Zeitgeist der Dekadenz“ postuliert und vorgelebt werden.

(Höcke 2014f.: ab Min. 46:41)

Grundlage dieser völkischen Biopolitik ist ein „populationsökologischer Ansatz“ (Höcke 2015b). Höcke bezieht sich damit positiv auf die rassenbiologische Theorie Phillip Rushtons, der zum Vorstand des rassistischen *Pioneer Fund* gehörte. Dieser Ideologie zufolge unterscheiden sich genetisch bedingt afrikanische von europäischen „Reproduktionstypen“. Afrikaner*innen verfolgten die „r-Strategie“, das heißt sie bekämen viel Nachwuchs, kümmerten sich aber nicht so sehr um Erziehung, Europäer*innen hingegen verfolgten die „K-Strategie“, das heißt, sie würden weniger Kinder bekommen, sich aber mehr um sie kümmern. (Höcke 2015b) Der „lebensbejahende“ afrikanische „Ausbreitungstyp“ würde nun, da Europa „fest im Griff“ des „dekadenten Zeitgeistes“ sei, auf den „selbstverneinenden“ europäischen „Platzhaltertypen“ treffen. (Höcke 2015b) Höcke bezieht sich hier in seinen Prognosen „geopolitischer Entwicklungsszenarien“ auch auf Samuel P. Huntington („Clash of Civilisations“), auf vermeintliche Auseinandersetzungen zwischen „kulturell unterschiedlich“ geprägten „Großräume[n]“ (Höcke 2014e, 7). Der deutsche Staat stehe „auf der Kippe, was das eigene Reproduktionsverhalten“ angehe, daher müsse das Geld in die „zentralen Bereiche der Zukunftsfähigkeit“ investiert werden, „also in die Verbindung von Frau und Mann“ (Höcke 2014f.: ab Min. 40:17).

2. Verschwörungsideologie „Antigenderismus“:

Im Rahmen dieser völkischen Diagnose, die eine „fürchterliche[] Entwicklung“ konstatiert, wird auf die Verschwörungsideologie „Antigenderismus“ zurückgegriffen. Ein nicht näher definiertes Konzept „Gender Mainstreaming“ wird verantwortlich gemacht für die „Auflösung“ der „klassischen Familie: „Dem Konzept des sogenannten Gender Mainstreaming, einem Sonntagskind der Dekadenz, das auf die Auflösung der natürlichen Geschlechterordnung abzielt, haben wir den Kampf angesagt.“ (Höcke 2014b) Für Höcke ist Gender Mainstreaming „einfach nur eine Geisteskrankheit“ (Höcke 2014f.: ab Min. 39:34) Zu diesem Konzept zählt Höcke eine „Früh- und Hypersexualisierung“. Er warnt seine politischen Gegner*innen: Wer es wage, „die Seele unserer Kinder anzurühren, wird mit unserem entschlossenem Widerstand rechnen müssen.“ Der „Gender-Totalitarismus, dieser Fehlgeburt des Behaviorismus“ sei eine „dekadente Desorientierung“. (Höcke 2014g) Höcke verspricht: „Wir werden diese Geisteskrankheit mit Namen Gender Mainstreaming aus unseren Schulen,

aus unseren Universitäten vertreiben.“ (Höcke 2014f.: ab Min. 42:40)

3. Familie als „Keimzelle der Nation“ und „Werte-, Sitten- und Normengefüge“:

Gender Mainstreaming sei ein „Machbarkeitswahn“, der „Ungleiches gleich“ machen wolle, dagegen setze Höcke „als Konservativer“ auf „organisches Werden (Entelechie)⁸“. (Höcke 2014e, 8) Es ginge darum, den „Egoismus“ zu „überwinden“ und „wieder ein gemeinschaftsorientiertes Werte-, Sitten- und Normengefüge“⁹ zu leben. Die Familie sei die „wichtigste Sozialisationsinstanz“, es würden dort „Werte vermittelt, Gemeinschaftsorientierung, eine positive Unterordnungsfähigkeit.“ (Höcke 2014a) Sie sei die „Keimzelle der Gesellschaft“. Daher müssten „alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungshandlungen einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.“ (Höcke 2014d) Hierbei gilt für Höcke, dass ein „Wertewandel“ wichtiger sei als finanzielle Zuwendungen (Höcke 2014 d), die klassische Familie sei „ohne Wenn und Aber zum gesellschaftlichen Leitbild zu erheben.“ (Höcke 2014 d) Begründet werden diese Forderungen von Höcke mit „ewigen Prinzipien“: „Ich weiß, worauf das Leben beruht. Diese Prinzipien, die ewigen Prinzipien, die dürfen wir niemals verraten.“ (Höcke 2014f.: ab Min. 42:21)

4. Maskulinität und Heterosexismus:

Zu diesen „ewigen“ Lebensprinzipien zählt nach Höcke die „Synthese von Frau und Mann“ als „erlebte[] Polarität des Lebens“. (Höcke 2014f.: ab 41:30) Diese Polarität sieht Höcke gefährdet durch eine „lautstarke Minderheit“:

„Seit Jahrzehnten führen die bössartigen Gutmenschen in den Altparteien und in gesellschaftlich irrelevanten, exotischen Interessengruppen einen Feldzug gegen die klassische Familie. Ein bedauernswerter Mensch namens Bodo Ramelow entblödete sich nicht, vor einigen Wochen die Regenbogenfahne vor der Staatskanzlei hissen zu lassen. Lautstarke Minderheiten bauchpinselt man, der Wert der klassischen Familie wird relativiert und sie wird finanziell diskriminiert.“ (Höcke 2015c)

Dabei sei es doch so, erklärt Björn Höcke, „dass bei homosexuellen Menschen

⁸ Diese Formulierung erinnert an den NS-Pädagogen Eduard Kriek.

⁹ Die Formulierung „Werte-, Sitten- und Normengefüge“ findet sich laut Google-Suche zuvor nur in einem Absatz im Editorial der *Eichsfeldstimme*, in der sich zudem erstmals die häufig von Höcke benutzte Metapher findet, dass Deutschland aufgelöst werde wie „Seife unter einem warmen Wasserstrahl“. Geschrieben hat dieses Editorial angeblich Thorsten Heise, ein Bekannter von Höcke und einer der bekanntesten Neonazis in Deutschland.

Sexualität zentral [sei] und im Vordergrund“ stehe. Bei der Heterosexualität gehe es hingegen „darum, dass diese Polarität der Keimzelle der Höherentwicklung des Menschen“ (Höcke 2014f.: ab 41:30) diene.

Björn Höckes völkisch-familistische Positionen sind nicht nur heterosexistisch, sondern auch maskulinistisch. Er konstatierte mehrfach, dass ein Problem für Deutschland (und Europa) die „verloren“ gegangene Männlichkeit sei: „Ich sage, wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken, denn nur, wenn wir unsere Männlichkeit wieder entdecken, werden wir mannhaft, und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“ (Höcke 2015b)

Nicht nur Familien würden durch „lautstarke Minderheiten“ diskriminiert, sondern auch Männer würden durch die Einführung von Gleichstellungsstellen eine „negative Diskriminierung“ erleiden. (Höcke 2014g)

Die völkisch-nationale Strömung ist keineswegs isoliert, sondern es gibt Verbindungen mit anderen Ideologien und Bewegungen. So wurde zu einer Klausurtagung der von Björn Höcke geführten AfD-Fraktion Thüringen zum Thema Familienpolitik Jürgen Liminski eingeladen. Liminski ist bekanntlich Mitglied der ultrakatholischen Verbindung *Opus Dei*.

Interessant ist auch, dass das Forum des maskulistischen Vereins MANNDAT mit Hans-Thomas Tillschneider ein Interview führte. Innerhalb dieses Milieus wurde kritisiert, dass die Bemühungen der Männerrechtsszene, nicht mehr als politisch rechts verortet zu werden, mit solchen Aktionen wie dem Tillschneider-Interview konterkariert würden.

Fazit

Die geschlechterpolitischen Positionen der AfD basieren auf einen Familismus, der sich an einer qualitativen Bevölkerungspolitik ausrichtet. Diese Positionen sind vormodern, da sie nicht das Individuum in einer Weltgesellschaft als sozialen Kern, sondern die sogenannte „klassische Familie“ als Keimzelle der Nation betrachten. Gegenüber den Leitbildern von dem, was Deutschland und was die Familie zu sein hat, erscheinen Individualrechte und Menschheitsprobleme nachgeordnet. Primäre Werte (Tugenden?) wie Freiheit,

Gleichheit, Solidarität werden geschlechterpolitisch als Bestandteile „totalitäre[r] Gesellschaftsexperimente“ oder auch als „Menschenrechtsextremismus“ (Höcke) denunziert. Emanzipatorische Bestrebungen erscheinen in der Interpretation der AfD als Teile einer umfassenden Weltverschwörung unter dem Label „Genderismus“.

Hier arbeitet die AfD mit einem Trick, der in den sogenannten Campus-Wars in den Vereinigten Staaten Anfang der 1990er Jahre entwickelt wurde. Emanzipatorische Bestrebungen gegen konservative Leitbilder und entsprechende konservative Korrektionsbemühungen werden als „political correctness“ markiert und abgewertet. Wirksam ist hier die Denunzierung als „Correctness“, es wird also vom eigenen konservativen Korrektionsismus abgelenkt, indem Emanzipation als Korrektionsismus umgedeutet wird. Bekämpft wird damit eine Politik, die sich als gesellschaftlich demokratische Aushandlung verschiedener Interessengruppen versteht: Korrektion soll nicht auf politischer, sondern auf essentialistischer Grundlage stattfinden, im Namen der Religion, der Naturgesetze oder des „organisch Gewachsenen“. „Political correctness“ soll durch „unpolitical correctness“ ersetzt werden.

Die AfD tritt in der geschlechterpolitischen Thematik mit unterschiedlichem Radikalisierungsgrad sehr homogen auf. Differenzen könnten entstehen hinsichtlich der Rechte und Pflichten, die man Müttern zuordnet. Die mit der AfD sympathisierende Männerrechtsbewegung könnte hier in Konflikt mit einem mütterzentrierten Familismus geraten. Eine weitere Differenz könnte hinsichtlich der Austeriarung der qualitativen mit einer quantitativen Bevölkerungspolitik entstehen: Will man generell mehr deutsche Kinder oder will man nur mehr deutsche Mittelschichtskinder und weniger Arbeiter*innenkinder?

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

AfD 2016: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

AfD LV Baden-Württemberg 2015: Antrag zum Thema Gender Mainstreaming/ Gender Diversity (Gender-Ideologie) während des 7. Landesparteitags der AfD Baden-Württemberg, <http://alternativfuer-bw.de/wp->

content/uploads/2015/07/GM_Erklaerung.pdf

Höcke, Björn 2014a: AfD Kandidat Höcke im Interview: Drei-Kinder-Familie ist politisches Leitbild, in: Thüringer Allgemeine vom 21.07.2014, <http://altenburg.thueringer-allgemeine.de/web/jena/startseite/detail/-/specific/AfD-Kandidat-Hoecke-im-Interview-Drei-Kinder-Familie-ist-politisches-Leitbild-1702194881>

Höcke, Björn 2014b: AfD als identitäre Kraft. Interview mit der Blauen Narzisse, 13.08.2014, <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4820-afd-als-identitaere-kraft>

Höcke, Björn 2014c: Björn Höcke, unser Spitzenkandidat zur Landtagswahl in Thüringen, im Interview mit den Kollegen der AfD aus Rheinland-Pfalz, in: Internetseite der AfD Rheinland-Pfalz, 22.08.2014, <http://www.alternative-rlp.de/interview-mit-bjoern-hoecke-spitzenkandidat-der-afd-thueringen/>

Höcke, Björn 2014d: „Die AfD betreibt keinen billigen Populismus!“ Arnstädter Stadtecho im Gespräch mit Björn Höcke – Spitzenkandidat der AfD in Thüringen, gespiegelt als pdf auf der Internetseite der AfD Nordhausen, Eichsfeld, Mühlhausen vom 04.09.2014, <http://afd-nem.de/wp-content/uploads/sites/12/2014/09/Interview-Stadtecho-Hoecke.pdf>

Höcke, Björn 2014e: „Die AfD denkt in Generationen“, Interview mit Junge Alternative Zeitung, Ausgabe v. 13.11.2014, 4, <https://jabw.files.wordpress.com/2014/11/junge-alternative-zeitung-ausgabe-13-november-2014.pdf>

Höcke, Björn 2014f: Ansprache während des Weihnachtsfests der Jungen Alternative Baden-Württemberg am 22. 12. 2014 in Stuttgart, <https://www.youtube.com/watch?v=YhYCrQR-xBI>

Höcke, Björn 2014g: Erwiderung von Björn Höcke auf die Regierungserklärung von Bodo Ramelow im Wortlaut (12.12.2014), in: Internetpräsenz der Alternative für Deutschland LV Thüringen vom 19.12.2014, <http://afd-thueringen.de/2014/12/erwiderung-von-bjoern-hoecke-aufdie-regierungserklaerung-von-bodo-ramelow-im-wortlaut-12-12-14/>

Höcke, Björn 2015a: Rede während der achten AfD-Demonstration in Erfurt am 18.11.2015: „Ich liebe mein Volk! Deutschland ist unsere Heimat, unser Land und unsere Nation!“, <https://www.youtube.com/watch?v=nQ72wsiUWCE&feature=youtu.be%E2%80%8B%E2%80%8>

Höcke, Björn 2015b: Björn Höcke zur Asylpolitik – IfS-Kongreß „Ansturm auf Europa“, veröffentlicht auf „kanal schnellroda“ am 29.11.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=qLsetj1Lcbk>

Höcke, Björn 2015c: Rede zur Demonstration in Erfurt am 16. 9. 2015, <http://afd-thueringen.de/reden/>

Meuthen, Jörg/ Jongen, Marc 2015: Aufklärung über Gender Mainstreaming. Pressemitteilung der AfD Landesverband Baden-Württemberg vom 31.07.2015, <http://afd-bw.de/2015/07/prof-dr-joerg-meuthen-dr-marc-jongen-aufklaerung-ueber-gender-mainstreaming/>

Rösl, Rainer 2014: Offener Brief an Seine Exzellenz, den Erzbischof und Metropoliten der Kirchenprovinz Bamberg, Herrn Prof. Dr. Ludwig Schick, Internetpräsenz des Pforzheimer Kreises vom 21.12.2014, http://www.pforzheimerkreis.de/standpunkte/20141221_Standpunkt2_BriefBischofSchick.htm

Literatur

Foucault, Michel 1976: Sexualität und Wahrheit, Bd.1.: Der Wille zum Wissen, Frankfurt a. M.

Kemper, Andreas 2010: Interview mit Rainer Hufnagel-Person zur Kinderlosigkeit von Akademikerinnen, in: Dishwasher. Magazin für studierende Arbeiterkinder Nr. 1 Januar 2010, <http://dishwasher.blogspot.de/2010/01/15/interview-mit-rainer-hufnagel-person-zur-kinderlosigkeit-von-akademikerinnen/>

Kemper, Andreas 2014a: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641.pdf>

Kemper, Andreas 2014b: Klerikal-aristokratische Vernetzung in der Alternative für Deutschland (AfD), in: MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit. Politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistInnen, 4/14, Aschaffenburg, <http://www.miz-online.de/node/450>

Kemper, Andreas 2014c: Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalieren, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>

Klein, Dennis 2013: ‚Deutschlands führende Homophobe‘. Christa Meves will ins Europaparlament. Auf Queer.de vom 29.11.2013. http://www.queer.de/detail.php?article_id=20542 (Abruf 2.2.2015).